Der Wohnungsbau in der Sowjetzone. Einem sehr sorgfältig gearbeiteten Bericht von Dr. Dorothea Faber im "Europa-Archiv" (5. Sept. 53, S. 5943ff.) über Entwicklung und Lage der Wohnungswirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone 1945—1953 entnehmen wir folgendes Ergebnis:

Es ist mehrfach hervorgehoben worden, daß der Wohnungsbau in der sowjetischen Zone sich in sehr kleinem Rahmen hält. Das ist jedoch keineswegs nur auf den allgemein niedrigen Stand des Sozialprodukts zurückzuführen, vielmehr ist tatsächlich der Wohnungsbau bisher vernachlässigt worden, schon in den Plänen und

viel stärker noch in der Planerfüllung.

Die sowjetzonale Bauwirtschaft (Baustoff- und Bauindustrie) hat durch Krieg und Kriegsfolgen große Kapazitätsverluste erlitten. So war anfangs die Bauleistung insgesamt nur sehr gering. Von ihr entfiel 1946 bis 1949 der Hauptteil, wie es beispielsweise die Bautätigkeit in Leipzig, Magdeburg und Halle zeigt, auf Bauten für gewerbliche, landwirtschaftliche und sonstige wirtschaftliche Zwecke, während die Wohnungsbauten und noch mehr (jedenfalls in diesem Zeitraum) die Bauten für öffentliche Zwecke in den Hintergrund traten. Von der knappen Rohstoffdecke blieb kaum mehr etwas für den Wohnungsbau übrig, hinter dem — trotz vorhandener Nachfrage — infolge Zwangswirtschaft, Unsicherheit der Eigentumsverhältnisse und fehlender wirtschaftspolitischer Initiative keine ausreichende Wirtschaftskraft stand.

Wie kommt es aber nun zu dem Versagen des Wohnungsbaus, bei dem nicht einmal die niedrigen Planzahlen realisiert werden? Hauptgrund ist die mangelnde Ordnung in der Projektierung. Die Vorprojektierung setzt zu spät ein, die endgültige läßt entsprechend auf sich warten, und erst dann kann mit der Bauaus-

führung begonnen werden.

Gewichtige Ursache ist ferner der Mangel an Baustoffen. In der Baustoffindustrie ist nur wenig investiert worden; dies macht sich besonders in der Versorgung mit Mauersteinen, Zement, Holz und Baustahl störend bemerkbar. Es fehlt auch an einer Ordnung der Anlieferung; immer wieder werden Wartezeiten erzwungen, und Arbeitskräfte können leistungsmäßig nicht ausgelastet werden. Infolgedessen

steigen die Baukosten insgesamt.

Die Wohnraumversorgung in der sowjetischen Zone stützt sich im wesentlichen auf den vorhandenen Wohnungsbestand, da der Ausbau der Industrie dem Wohnungsbau vorgezogen wird. Die gegenüber dem Gebiet der Bundesrepublik relativ niedrigen Kriegsverluste an Wohnungsbestand (11,5 v.H.) und die Stagnation der Bevölkerung lassen trotz der Passivität im Durchschnitt die Versorgungslage nicht schlechter werden. Jedoch führt die Zusammenziehung von Arbeitskräften an den neuen Industrieschwerpunkten zu scharfer regionaler Differenzierung in der Wohnraumversorgung, da das Gut "Wohnung" eben nicht transportabel ist und auch dem täglichen Pendelverkehr von Arbeitskräften Grenzen gezogen sind. Der geringfügige Wohnungsbau konzentriert sich jetzt an diesen Punkten, bleibt aber ungenügend. So wird durch Umsetzung der nicht in den Arbeitsprozeß eingegliederten Bevölkerung im Zuge der "operativen Wohnraumlenkung" Wohnraum freigemacht, ohne dabei irgendwelche sozialen Rücksichten zu nehmen. Es gilt allein, die Volkswirtschaftspläne bezüglich der Entwicklung der Schwerpunkte zu erfüllen.

Lauterkeit in der Werbung. Der 12. Kongreß der Internationalen Handelskammer (IHK) billigte im Juni 1949 in Quebeck eine neue Fassung des "Gode de pratiques loyales en matière de Publicité". Die deutsche Gruppe der IHK gab zur Neufassung ihre Zustimmung. Die folgenden Auszüge aus diesem Kodex der Internationalen Handelskammer stützt sich auf die Veröffentlichung des Textes in der "Deutschen Zeitung" (2. Sept. 1953, Nr. 70).